

## Privatisierung

Das Embracher Gartenbrocki steht vor grossen Veränderungen

SEITE 18

## Herausgeputzt

Hettlingen ist seit Samstag eine saubere Gemeinde

SEITE 19

## «Mein erster Berg»

Erich Langjahr zeigt in Freienstein seinen neusten Film

SEITE 21



# «Die Leute vergessen schnell»

**ZÜRICH.** Martin Graf wurde nach der Atomkatastrophe in Japan als erster Grüner in den Regierungsrat gewählt. Das Unglück sei an der Schweiz nicht spurlos vorbeigegangen, sagt er. Dennoch komme die Energiepolitik nur langsam voran.

INTERVIEW: ANNA WEPFER

*Vor zwei Jahren kam es in Fukushima zur Atomkatastrophe. Wie hat das Ihre politische Haltung beeinflusst?*  
Es hat sie bestärkt. Vor Fukushima meinte die Bevölkerung hierzulande, Probleme mit der Nukleartechnologie gebe es nur in korrupten, technisch unterentwickelten Ländern. Fukushima war der Gegenbeweis und für mich die Bestätigung, dass wir von der Atomenergie wegkommen müssen.

*Persönlich haben Sie vom Vorfall profitiert: Sie wurden kurz darauf in die Zürcher Regierung gewählt.*  
Das ist eine Hypothese. Die Umstände waren aber für meine Wahl sicher eher förderlich.

*Sie bekamen die Justizdirektion, wo es kaum um Umweltheimen geht. Haben Sie die Regierung dennoch verändert?*  
Mit mir wurde die links-grüne Seite gestärkt. Wir sind nun zu dritt gegenüber einer knappen Mehrheit von vier Bürgerlichen. Das mag dazu geführt haben, dass mehr um Lösungen gerungen werden muss als in einseitig zusammengesetzten Gremien. Gute Lösungen bedingen kontroverse Diskussionen.

*Bieten Ihre Kolleginnen und Kollegen von SVP und FDP Hand für ökologische Lösungen?*

Das kommt immer auf die Vorlage an. Auf jeden Fall verlaufen die Mehrheiten oft nicht den Parteilinien entlang. Sie würden noch staunen, wie manchmal Entscheide zustande kommen...

*Nämlich wie?*  
Das sage ich Ihnen nicht. Interna gehören nicht an die Öffentlichkeit.

*Es ist aber schwer vorstellbar, dass die SVP-Vertreter plötzlich mit Ihnen den Atomausstieg fordern.*

Entscheidend ist, dass sich der Gesamtregierungsrat in seiner Stellungnahme zur Energiestrategie 2050 des Bundes im Grundsatz für eine Neuorientierung in der Energiepolitik ausgesprochen hat.

*Ein echtes Bekenntnis war diese Stellungnahme aus der Direktion von Markus Kägi (SVP) aber nicht. Der Atomausstieg wurde nicht einmal erwähnt.*

Die Regierung hat sich an die Haltung der kantonalen Energiedirektoren angelehnt. Diese nehmen zur Anpassung des Kernenergiegesetzes auch nicht direkt Stellung.

*Bedauern Sie es, dass der Kanton Zürich hier nicht mit wehenden Fahnen vorausgeht?*

Die Regierung hat Stellung genommen. Ich kommentiere das nicht weiter.

*Ärgert es Sie, dass Sie ausgerechnet in dieser heissen Phase das Energie-dos selbst in der Hand haben?*



Er fühlt sich als Axpo-Verwaltungsrat «nicht unwohl»: Regierungsrat Martin Graf, hier an seinem Wohnort in Effretikon. Archivbild: uja

Nein. Ich kann ja als Mitglied der Gesamtregierung an dieser Diskussion mitwirken. Daneben habe ich in meiner Direktion genügend eigene Geschäfte, die ich bearbeiten muss.

*Ein Wechsel in die Baudirektion wäre für Sie aber sicher attraktiv.*

Diese Frage stellt sich zurzeit nicht. Im Übrigen ist es immer schwierig, eine Direktion wieder zu verlassen, wenn man sich einmal eingearbeitet hat. Ich fühle mich wohl in der Justiz. Die Chance für einen Wechsel ist relativ klein.

«Die Chance, dass ich die Justizdirektion verlasse, ist eher klein»

*Im Herbst 2011 wurden Sie als erster Grüner in den Axpo-Verwaltungsrat gewählt, wo Sie mit Markus Kägi den Regierungsrat vertreten. Wie wurden Sie empfangen?*

Recht kollegial. Ich bin ein akzeptiertes Mitglied des Verwaltungsrats.

*Die Axpo ist einer der grossen Lieferanten von Kernenergie, Sie sind bekennender Atomgegner. War man Ihnen gegenüber nicht misstrauisch?*

Doch, ein gesundes Misstrauen war sicher da. Aber das hat mich nicht gestört. Ich fühle mich in diesem Gremium nicht unwohl.

*Als Verwaltungsrat müssen Sie sich für das Wohl einer Firma einsetzen, der Sie persönlich wohl nicht viel abgewinnen können. Ein Widerspruch?*

In Sachen Axpo trage ich verschiedene Hüte – als Verwaltungsrat, als Regie-

rungsvertreter und damit Eigentümer der Axpo sowie als Politiker und als Stromkonsument. Daraus ergeben sich Widersprüche, die sich nicht in Luft auflösen lassen. Ein Beispiel: Auf der einen Seite besteht die politische Forderung nach einer nachhaltigen Energieversorgung. Auf der anderen Seite wollen Politik und Stromkonzerne den Strommarkt liberalisieren, womit haufenweise Anbieter von Billigstrom auf den Markt kämen. Das geht nicht auf. Meiner Meinung nach sind Nachhaltigkeit und die Forderung nach einem freien Energiemarkt schwierig zu vereinbaren.

*Laut Greenpeace tut die Axpo zu wenig für den Atomausstieg. Einverstanden?*

Ich äussere mich nicht zu Entscheiden der Konzernleitung. Ich fände es aber sinnvoll, den Zeithorizont für den Ausstieg für die einzelnen Werke klar zu fixieren. Das ist derzeit nicht der Fall. Ein fixer Zeithorizont wäre planerisch von Vorteil.

*Die Grünen schlagen in ihrer Ausstiegsinitiative 40 Jahre als Horizont vor. Ist das realistisch?*

Für alle Ausstiegsbefürworter, zu denen ich gehöre, müsste es so schnell wie möglich gehen. Letztlich kommen wir aber nicht um einen machbaren Kompromiss herum. Mit 50 Jahren Laufzeit pro Werk könnte ich leben.

*Kritisiert wurde die Axpo auch, weil sie Brennstäbe aus der Uranaufbereitungs-*

*anlage im russischen Majak bezog. Die Anlage verursacht angeblich grosse Umweltschäden. Nun will sich eine Axpo-Delegation vor Ort informieren. Würden Sie gerne mitreisen?*

Nein, die Diskussion um Majak und andere Anlagen bringt nichts. Kein Standort auf der Welt ist in meinen Augen «sauber». In der Beschaffung und Aufbereitung von Uran gibt es überall Kontaminationsprobleme, selbst in Australien. Für mich spielt es deshalb keine Rolle, ob man die Brennstäbe nun aus Majak bezieht oder von sonst wo. Ich meine, es sei überall eine «Sauerei»!

*Die Bevölkerung interessiert das nur mässig. Umfragen zeigen, dass der Fukushima-Effekt wieder verpufft ist.*

Die Leute vergessen sehr schnell, vor allem, wenn sie nicht direkt betroffen sind. Überraschend ist das nicht. Die menschlichen Verdrängungsmechanismen funktionieren halt bestens.

*Bleibt heute also gar nichts übrig von Fukushima?*

Ich glaube, das Ereignis hat bei uns einiges bewirkt. Wie viel genau, hängt nun von den eidgenössischen Räten ab. Persönlich hoffe ich, dass wir immer mehr erneuerbare Energie selbst produzieren können und einer nachhaltigen Versorgung so näher kommen. Das wird aber lange dauern. Ich selbst werde wohl leider meine Vision – den definitiven Ausstieg aus allen nicht erneuerbaren Energien – nicht mehr erleben.

«Die Aufbereitung von Uran ist überall auf der Welt eine Sauerei»



## Staatsanwalt ermittelt wegen Sterbehilfe

**ZÜRICH.** Die Staatsanwaltschaft hat gegen die Sterbehilfeorganisation Dignitas ein Strafverfahren eröffnet. Ihr werbendes Selbststüchtige Beweggründe in Zusammenhang mit einer Doppel-Freitod vorgeworfen

In einem Interview mit der «NZZ Sonntag» sagte Minelli, der Verurteilte sei «völlig unbegründet». Eine solche Person wie ein Verein könne keine selbststüchtigen Beweggründe haben. «Das könnte nur eine natürliche Person.» Die Arbeitsteilung, aber die Kontrolle bei Dignitas lasse doch nicht zu, dass ein Mitarbeiter eine Mitarbeiterin aus selbststüchtigen Motiven handeln könne.

Laut Minelli ist die Eröffnung des formellen Strafverfahrens «völlig verständlich». Es gebe keinerlei Haltpunkte für selbststüchtige Beweggründe und keinerlei Anzeichen einer verdächtige Person.

## Mutter und Tochter begleitet

Im konkreten Fall untersucht die Zürcher Staatsanwaltschaft See/Oberland einen Doppel-Freitod im Jahr 2009. Eine Frau und deren Tochter aus Deutschland waren damals in der Schweiz zu Zürich gereist, um sich von der Mutter in den Suizid begleiten zu lassen. Die Tochter hatte der Organisation kurz zuvor einen Sonder-Mitgliedsbeitrag überwiesen.

Im Strafverfahren klärt die Staatsanwaltschaft nun ab, ob der bezahlte Freitod angemessen war oder nicht. Das Strafgesetz kann die Verurteilung zum Suizid aus selbststüchtigen Beweggründen mit Freiheitsstrafen von bis zu fünf Jahren bestrafen.

Laut Minelli hatte Dignitas pro Person erhalten. Die Staatsanwaltschaft nun ab, ob der bezahlte Freitod angemessen war oder nicht. Das Strafgesetz kann die Verurteilung zum Suizid aus selbststüchtigen Beweggründen mit Freiheitsstrafen von bis zu fünf Jahren bestrafen. Laut Minelli hatte Dignitas pro Person erhalten. Die Staatsanwaltschaft nun ab, ob der bezahlte Freitod angemessen war oder nicht. Das Strafgesetz kann die Verurteilung zum Suizid aus selbststüchtigen Beweggründen mit Freiheitsstrafen von bis zu fünf Jahren bestrafen. (sda)

## Von unbekanntem Mann angegriffen

**ZÜRICH.** Ein 21-Jähriger ist am Samstag Nacht auf Samstag auf der Strasse im Zürcher Kreis 4 von einem Unbekannten angegriffen worden. Dabei erlitt er mittelschwere Verletzungen, die durch die Stadtpolizei am Sonntagmittag vor 5 Uhr hielten Passanten auf der Langstrasse einen Streifenwagen der Stadtpolizei an, weil ein Unbekannter auf der Strasse lag. Der 21-Jährige musste mit Kopfverletzungen ins Spital gefahren werden. Die Abklärungen der Polizei war dem Unbekannten nach dem Verlassen der Langstrasse an der Dienerstrasse plötzlich einem Unbekannten angegriffen worden. Der Täter flüchtete und wurde nicht gefasst. Das Motiv, der genaue Tatort und der Tathergang sind unbekannt. (sda)